

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/118
25. Juni 1971

Nach der ersten Halbzeit

Eine Zwischenbilanz der sozialliberalen
Koalition

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Strauß macht das Chaos vollkommen

Jetzt fünf Anwärter auf die CDU/CSU-Kanz-
lerkandidatur

Seite 3 / 41 Zeilen

Neue Impulse für Europa

Sozialdemokraten koordinieren in Brüssel
ihre Arbeit

Seite 4 / 39 Zeilen

Blick auf skandinavische Erfahrungen

Strafrechtsexperten prüfen Pornographie-
Strafgesetzgebung

Von Dr. Hans de With SPD-MdB
Mitglied des Strafrechtssonderausschusses
des Bundestags

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 99
Telex: 805 845 880 847
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nach der ersten Halbzeit

Eine Zwischenbilanz der sozialliberalen Koalition

Mit dem Beginn der Parlamentsferien ist die erste Halbzeit des VI. Deutschen Bundestages beendet worden. Die Blicke richten sich jetzt schon auf das Jahr 1973, dem Jahr der siebenten Bundestagswahlen, die schon heute ihre Schatten auf die politische Landschaft der Bundesrepublik werfen. Regierungsparteien und Opposition stellen sich bereits darauf ein. Die Vorbereitungen für eine der größten Auseinandersetzungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte zwischen den konservativ-beharrenden und den sozialliberal-vorwärtsdrängenden Kräften laufen an, sie bestimmen den Gang der Dinge.

Was besagt und beinhaltet die zweijährige Wirksamkeit eines Bündnisses von Sozialdemokraten und Freien Demokraten, das im Herbst 1969 als Ergebnis der Bundestagswahl zustandekam? Zunächst gilt die Feststellung, daß dieses Bündnis allen Stürmen standgehalten hat, daß sich zwischen den beiden Partnern eine auf gegenseitigem Vertrauen begründete Loyalität entwickelte, die sich immun erwies gegen alle Anfechtungen, Bedrohungen und Verlockungen von außen. Der Absprung von drei FDP-Abgeordneten, ohnehin Gegner der neuen Kräftekonstellation, schwächte nicht den inneren Zusammenhalt ihrer Partei und dieser Koalition, er verstärkte ihn. Da hatte sich Spreu vom Weizen gesondert. Der versuchte Kauf eines Abgeordneten der Regierungskoalition ging kläglich, daneben, erzielte gegenteilige Wirkung. Schon lange sind die Stimmen verstummt, die auf einen Zerfall der sozialliberalen Regierung hofften. Die politische Strategie der Unionsparteien sah sich zur Umdisponierung gezwungen. Den Strategen fiel und fällt das nicht leicht, denn sie bewegen sich auf einem für sie doch recht unsicheren Feld. Darin liegt die eigentliche und folgenreichste Ursache der latenten Führungskrise innerhalb der Unionsparteien.

In zwei Jahren hat die sozialliberale Koalition unter der Führung von Willy Brandt und Walter Scheel entscheidende und für die Zukunft weisende Maßnahmen getroffen. Großes steht noch bevor. Sie hat auf gesellschaftspolitischem Gebiet zustande gebracht, was in der Großen Koalition, die gewiß auch ihre geschichtlichen Verdienste hat, nicht verwirklicht werden konnte, weil die CDU in der letzten Phase dieser Koalition vor allem vom Bestreben geleitet war, dem Partner möglichst viele Schwierigkeiten zu bereiten. Sie verstand und betätigte sich als Gegenkraft innerhalb des Bündnisses. Das konnte nicht gut gehen, und führte zu Lähmungserscheinungen.

Die Regierung Brandt/Scheel trat ihr Amt unter dem Zeichen notwendiger, längst fälliger Reformen an. Die Ablösung der Gros-

sen Koalition durch die von SPD und FDP gebildete kleine Koalition lag gewissermaßen in der Luft, sie entsprach der Entwicklung. So wollte es auch eine Mehrheit der Wähler, die erkannt hatte, daß es in einer sich so rasant entwickelnden Welt der Flexibilität und des Anpassungsvermögens bedarf, um als Gesellschaft, Volk und Staat nicht unter die Räder zu kommen. Die sozialliberale Koalition versucht den ihr aufgegebenen Auftrag nach besten Kräften zu erfüllen, wobei sie sich der Schwierigkeiten bewußt ist, die in der Erfüllung dieses Auftrages liegen. Die bisher zurückgelegte Wegstrecke kündigt von Fleiß, Handlungsfähigkeit und Entschlußfreudigkeit. Es fehlte dieser Koalition auch nicht der Mut zu unpopulären Maßnahmen um des Ganzen willen. Sie ließ und läßt sich nicht treiben von Alltagswünschen, sondern von übergeordneten Zielen einer Politik, die das Morgen und Übermorgen im Auge hat. Das Verständnis dafür wächst in unserem Volk. Diese Koalition ruht daher auf einem soliden Fundament.

Vieles ist in der ersten Halbzeit bewirkt worden, das sich als dauernde Errungenschaft erweisen wird und nicht mehr ausgelöscht werden kann. Barrieren wurden überwunden, die lange Zeit als unüberwindbar erschienen. Die im Vergleich vor zwei Jahren völlig veränderte Atmosphäre in Europa, mit der damit verbundenen Entspannung, ist ohne die Regierung Brandt/Schoel gar nicht denkbar. Wir alle durchleben ein Stadium der Entwicklung, das hoffen läßt, daß man den Frieden und die Beziehungen zwischen West und Ost sicherer und besser gestalten kann. Die Bundesrepublik steht am Beginn des Normalisierungsprozesses zu unseren östlichen Nachbarn, ohne befürchten zu müssen, die Freundschaft mit dem Westen zu verlieren. Im Gegenteil, der Westen wünscht und unterstützt sogar alle Bemühungen, die Kluft zwischen uns und dem Osten zu verengen, weil dies allgemeinen Bedürfnissen nach Entspannung entspricht. Auf innenpolitischem Gebiet sind neben den bisher verabschiedeten Gesetzen zahlreiche Entwicklungen eingeleitet und intensiviert worden, die auf eine Vertiefung des sozialen Rechtsstaates mit der Chancengleichheit für alle Bürger hinauslaufen. Ein wahrhaft revolutionäres Beginnen, das unter reformatorischen Vorzeichen erfolgt.

Die sozialliberale Koalition kann stolz auf das bisher Geleistete sein. Sie kann auch in Ruhe und Gelassenheit die Aktivitäten einer Opposition verfolgen, die sich, weil sie immer noch nicht ihr inneres Gleichgewicht wiedergefunden hat, im Negativen erschöpft und der das Gespür dafür verlorengegangen ist, das Neue zu erkennen und es zukunftsstrahlig zu gestalten.

(ac/cx/25.6.1971/bgy)

Strauß macht das Chaos vollkommen

Jetzt fünf Anwärter auf die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur

"Wenn man mich holt, dann stehe ich zur Verfügung!" Mit diesem knapp-pathetischen Satz hat der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß das Führungsdurcheinander innerhalb der Unionsparteien totalisiert. Seine brummende Drohung, daß die CDU schließlich nicht den Primat innerhalb der Union habe, den Kanzler zu stellen, muß die Unruhe in der sogenannten Schwesterpartei nur noch vergrößern, denn gerade an diesem Primat hatte man in der CDU bisher nicht gezweifelt und auch nicht rütteln lassen wollen. Die Vorstellung, daß Strauß, der inzwischen schon das kardinale Amt des Wirtschafts- und Finanzsprechers der Doppelfraktion okkupiert hat, eines Tages, natürlich eine Mehrheitsänderung im Bundestag vorausgesetzt, auch noch als Regierungschef fungieren könnte, muß zumindest den CDU-Politikern, die in der Mitte und von dieser Mitte ab links ansässig sind, schlaflose Nächte bereiten.

Mit der Selbstbenennung von Strauß stehen die CDU- und CSU-Parteimitglieder nun der Tatsache gegenüber, daß sie im Vorfeld von 1973 bereits jetzt über fünf Kanzler-Kandidaten verfügen: Kurt-Georg Kiesinger, Dr. Rainer Candidus Barzel, Dr. Gerhard Schröder, Dr. Helmut Kohl und jetzt auch noch Franz Josef Strauß. Damit bietet die Union genau das Bild, das dieser Strauß vor dem Bonner "Wirtschaftstag 71" der CDU und CSU soeben erst in Grund und Boden verdammt hat, weil sich die Union mit dieser nun schon Monate andauernden öffentlichen Internfehde mit dem abschreckendem Negativ-Image der völligen Zerrissenheit und Unfähigkeit belastet hat, brauchbare Sachalternativen zur Politik der sozialliberalen Bundesregierung erarbeiten und der SPD/FDP-Führung eine auch nur einigermaßen attraktive Personal-Alternative entgegenzusetzen zu können.

Wie dem auch sein möge: Der CSU-Vorsitzende hat mit seinem unerwarteten "Strauß ante portas"-Paukenschlag so knapp vor Beginn der Parlamentssommerferien der CDU einen herben Schock versetzt, der sie in der ganzen weiteren Zeit bis zur endgültigen Entscheidung über einen Kompromiß-Kanzlerkandidaten arg beunruhigen muß. Dabei werden sich die CDU-Politiker insgesamt auch die Frage zu stellen haben, ob Strauß sie nicht nur provozieren wollte, damit sie sich so rasch wie möglich doch noch auf den bisherigen Strauß-Protegee Dr. Rainer Barzel einigen. Und dann freilich wird sich Dr. Barzel mit der Frage auseinandersetzen haben, wie sehr und wie hoch er Franz Josef Strauß diese Geburtshilfe honorisieren muß. (ee/ee/25.6.1971/bgy)

+ + +

Neue Impulse für Europa

Sozialdemokraten koordinieren in Brüssel ihre Arbeit

Am 28. Juni 1971 beginnt in Belgiens Hauptstadt Brüssel eine dreitägige Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. An dieser Konferenz nehmen auch Delegationen sozialdemokratischer Parteien teil, die aus den Staaten kommen, die Beitrittsgesuche an die EWG gestellt haben. Angesichts des erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EWG kommt dieser Konferenz eine zusätzlich große Bedeutung zu.

Die Delegierten auf dieser Konferenz werden sich insbesondere mit den Fragen der europäischen Zusammenarbeit, der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft sowie ihrer Erweiterung befassen. An der Spitze der deutschen Delegation steht der Fraktionsvorsitzende und stellv. Parteivorsitzende Herbert Wehner.

Die Wahl des Zeitpunktes für die Konferenz muß gleichfalls mit besonderer Beachtung gesehen werden, denn die Parteien selbst wollen sich auf dieser Tagung zusammenfinden, um Formen der besseren arbeitsmäßigen Verständigung in den europapolitischen Fragen zu erörtern. Die europäischen Sozialdemokraten, die seit über einem Jahrhundert zu den Vorkämpfern der Zusammenarbeit und Einigung Europas gehört haben, werden auf dieser Konferenz auch weitere Schritte der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft beraten, um innerhalb Europas ihren Standpunkt zu wichtigen Fragen deutlich zu machen.

Die Brüsseler Konferenz wird sich neben den aktuellen politischen Problemen und Fragen, die die Gemeinschaft und ihre Strukturen betreffen, auch mit Problemen der Entwicklungsländer befassen. Hierbei wird das Engagement der Sozialdemokraten für eine offene und aufgeschlossene Gemeinschaft sichtbar werden. Es darf ohne Zweifel behauptet werden, daß von dieser Konferenz wichtige Impulse für die weitere Zusammenarbeit ausgehen werden.

Hans-Eberhard Dingels
(- / ex / 25. 6. 1971 / ks)

+ + +

Blick auf skandinavische Erfahrungen

Strafrechtsexperten prüfen Pornographie-Strafgesetzgebung

Von Dr. Hans de With SPD-MdB

Mitglied des Strafrechtssonderausschusses des Bundestages

Der Pulverdampf nach den stürmischen Diskussionen über die Reform der Pornographie-Bestimmungen ist verfliegen. Man meint manchmal, der Bundestag habe bereits entschieden. Gleichwohl treten die Beratungen hierüber doch erst jetzt in ein entscheidendes Stadium. In der Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1971 reist eine Delegation des Strafrechtssonderausschusses nach Kopenhagen und Stockholm, um dort aus erster Hand und aus eigener Sicht praktische Informationen zu den von der Bundesregierung beabsichtigten Regelungen zur Pornographie zu erhalten.

In Dänemark gelten seit dem 1. Juli 1969 Bestimmungen, die noch etwas weiter gefaßt sind als die Vorschriften, die die Bundesregierung anstelle der alten Regelungen über "unzüchtige Schriften" setzen will. Und die Schweden leben seit dem 1. Juli 1970 unter einem in etwa dem dänischen Modell angepaßten Pornographie-Strafrecht.

Die Strafbestimmungen zur Pornographie beider skandinavischer Länder basieren auf drei Grundsätzen:

- 1/ Verbot der Verbreitung von Pornographie an Kinder und Jugendliche;
- 2/ Verbot der unverlangten Zusendung von Pornographie; und
- 3/ Verbot des Aushängens oder Auslegens von Pornographie bzw. anstößigen Darstellungen in öffentlichen Wegen und Plätzen sowie in allgemein zugänglichen Räumen.

Die von der Bundesregierung beabsichtigten Bestimmungen, um sie noch einmal in Erinnerung zu rufen, sagen demgegenüber:

- 1/ Es bleibt beim totalen Herstellungs- und Verbreitungsver-

bot von Pornographie, die im Zusammenhang mit Brutalität, Sodomie oder Kinder steht;

2/ Verbot der Herstellung und Verbreitung von Pornographie für bzw. an Kinder und Jugendliche;

3/ Verbot der unverlangten Zusendung von Pornographie;

4/ Verbot des Aushängens oder Auslegens von Pornographie bzw. Darstellungen grob sexueller Art in öffentlichen Wegen und Plätzen sowie in allgemein zugänglichen Räumen (vorunter Film und Fernsehen fallen); und

5/ Einschränkung des Versandhandels von Pornographie.

Unter diesen Umständen erhellt, daß der geplante Besuch in Dänemark und Schweden geeignet sein kann, einigermaßen konkrete Vorstellungen über die Auswirkungen der geplanten Reform zu erhalten, insbesondere wenn berücksichtigt wird, daß die beabsichtigte deutsche Regelung deutlich, einschränkender angelegt ist als die der beiden skandinavischen Länder.

Schwerpunkte des "Augenscheins" und der Befragungen sollten sein: 1/ Wie wird der Jugendschutz gewährleistet? 2/ Ist die unverlangte Konfrontation mit Pornographie im Privatbereich (Zusendungen) und im öffentlichen Bereich sichergestellt? 3/ Welche Auswirkungen seit Beginn der gesetzlichen Reformen zeichnen sich in der Gesellschaft, insbesondere im Bereich der Kriminalität, ab? 4/ Kam es zu einer Pornoflut?

Nachdem der Strafrechtssonderausschuß des Bundestages bereits am Tag nach der Rückkehr aus den skandinavischen Ländern, am 2. Juli, seine Beratungen zu dem angesprochenen Punkt fortsetzen wird, sollte sehr bald erkennbar sein, welche deutschen Auswirkungen dem Besuch in Dänemark und Schweden auf den Gang der Reform der Pornographie-Bestimmungen zuzurechnen sind. (-/ex/25.6.1971/ks)